



EUROPÄISCHES PARLAMENT

2009 – 2014

Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten

2011/2312(INI)

5.6.2012

STELLUNGNAHME

des Ausschusses für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten

für den Ausschuss für regionale Entwicklung

zur Optimierung der Rolle der regionalen Entwicklung in der Kohäsionspolitik
(2011/2312(INI))

Verfasserin der Stellungnahme: Filiz Hakaeva Hyusmenova

PA_NonLeg

VORSCHLÄGE

Der Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten ersucht den federführenden Ausschuss für regionale Entwicklung, folgende Vorschläge in seinen Entschließungsantrag zu übernehmen:

1. betont, dass Beschäftigung und Sozialpolitik eine wichtige Rolle in einer nachhaltigen und sozial ausgewogenen regionalen Entwicklung spielen und dabei viel zu einer Verringerung der Unterschiede zwischen den Regionen, zu einer Steigerung des Wohlbefindens sowie zur Chancengleichheit aller Bürger beitragen können;
2. ist der Ansicht, dass der territoriale Ansatz ein wirksamer Mechanismus für die Durchführung der Maßnahmen zur Förderung des wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalts und der Unterstützung von Entwicklung, nachhaltiger und angemessener Beschäftigung, Bildung, Armutsbekämpfung und sozialer Integration ist, die die Kernziele der Strategie Europa 2020 darstellen;
3. betont, dass die Bekämpfung von Ausgrenzung Teil der Armutsbekämpfung ist und dass ländliche Regionen mit geringer Bevölkerungsdichte oder einer Überalterung der Bevölkerung mit unzureichenden Gesundheitsdiensten konfrontiert sind, die in gewissem Umfang durch eine bessere Breitbandversorgung und die Förderung von Telemedizin kompensiert werden könnte;
4. ist der Ansicht, dass sich der territoriale Ansatz als wirksamer Mechanismus erweisen sollte, der KMU dabei unterstützt, neue und nachhaltige Arbeitsplätze zu schaffen und Programme für die berufliche Bildung zu initiieren oder zu entwickeln; ist der Auffassung, dass auf Wachstum und Beschäftigung ausgerichtete Unternehmertätigkeit und die Ausschöpfung des Potenzials über administrative territoriale Grenzen hinweg funktionieren können, und fordert die Mitgliedstaaten auf, die bestehenden Bedingungen für neue Unternehmer zu verbessern, um ihr großes Potenzial für die Schaffung neuer, dauerhafter Arbeitsplätze besser nutzen zu können;
5. ist der Ansicht, dass ein integrierter territorialer Ansatz für den ESF und die anderen EU-Fonds entscheidend für die Umsetzung des Subsidiaritätsprinzips in einem Mehrebenensystem ist; unterstreicht die Bedeutung eines angemessenen Kapazitätsaufbaus, die Einbeziehung von Sozialpartnern und Partnern aus der Zivilgesellschaft auf lokaler, regionaler und mikroregionale Ebene, sowohl in städtischen als auch ländlichen Gebieten, unter anderem durch Schulungen im Hinblick auf Planungsverfahren, Finanzmittelzuweisung und Umsetzung von Maßnahmen im Rahmen der Kohäsionspolitik sowie einem verbesserten Zugang zu Informationen über die bessere Nutzung von EU-Mitteln für die Regionalentwicklung;
6. unterstreicht die Bedeutung der Bildung starker Synergien zwischen der Kohäsionspolitik und anderen EU-Politikbereichen, um die Effektivität der Kohäsionspolitik im Umgang mit Beschäftigung und sozialen Herausforderungen zu gewährleisten;
7. betont, dass es bei der Planung und Umsetzung der Kohäsionspolitik wichtig ist, ein angemessenes Gleichgewicht zwischen der notwendigen Kontrolle der Verwendung der

Mittel und deren Effizienz sicherzustellen;

8. weist darauf hin, dass territoriale Zusammenarbeit und makroregionale Strategien nützliche Instrumente sein können, um Unterschiede zwischen den Regionen zu erkennen und zu bekämpfen, z. B. hinsichtlich des Zugangs zu Bildung und Beschäftigung, und um die Konvergenz zwischen europäischen Regionen zu fördern;
9. weist darauf hin, dass es erhebliche Ungleichgewichte im Beschäftigungsbereich und soziale Ungleichheiten sowohl zwischen als auch innerhalb von Regionen gibt, die sich nicht immer mit den vorhandenen Indikatoren wiedergeben lassen; ist der Ansicht, dass Armut dort, wo sie vor allem auf mikroregionaler Ebene konzentriert ist, entsprechend in Angriff zu nehmen ist; ist der Ansicht, dass Programme auf regionale und subregionale Bedürfnisse zugeschnitten werden müssen und sich auf Prioritäten gemäß den spezifischen Herausforderungen konzentrieren sollten; ist der Auffassung, dass der ESF und die anderen EU-Fonds als die wichtigsten Instrumente angesehen werden sollten, um auf lokaler Ebene den Bedürfnissen im Bereich der Beschäftigung (vor allem der Beschäftigung von Jugendlichen), des Zugangs zu Gesundheitsversorgung, der sozialen Integration und der Bekämpfung der Armut gerecht zu werden;
10. ist der Überzeugung, dass es für eine angemessene Behebung der sozialen und wirtschaftlichen Unterschiede wichtig ist, dass die Programme auf die komplementären Beziehungen zwischen Maßnahmen Rücksicht nehmen, die als „harte“ (EFRE-Typ, z. B. Infrastruktur) bzw. „weiche“ (vor allem ESF-Typ, z. B. Ausbildung) angesehen werden können; ist der Überzeugung, dass angemessene Maßnahmen für die Anforderungen an die thematische Konzentration solche Bedürfnisse berücksichtigen sollten und entsprechend der Einsatz komplementärer Ressourcen genehmigt werden sollte, die vor allem im Bereich der Bildungs- und Gesundheitsinfrastruktur verwendet werden;
11. ersucht die Kommission um genauere Angaben dazu, inwiefern die Maßnahmen der Kohäsionspolitik sich für die Zwecke der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und der Armutsbekämpfung auswirken;
12. betont, dass eine effiziente Reaktion auf zahlreiche Probleme im Bereich der sozialen Ausgrenzung und der Armut einen angepassten und differenzierten Ansatz erfordert, der die speziellen Bedürfnisse eines bestimmten Gebiets (z. B. eines städtischen oder eines ländlichen Gebiets) berücksichtigt;
13. hält es für wesentlich, dass die Kohäsionspolitik das gesamte Gebiet der EU abdecken sollte, und unterstützt daher den Vorschlag der Kommission, eine Kategorie „Übergangsbereich“ zu schaffen, die dazu beitragen soll, eine verhältnismäßige und zielgerichtete Reaktion auf die Lage sowohl in den Regionen mit steigendem als auch denen mit fallendem BIP sicherzustellen;
14. ist der Überzeugung, dass freiwillige Mobilität von Arbeitskräften und jungen Absolventen in der EU eine mögliche Lösung für regionale und lokale Arbeitsmarktengpässe sein kann, und empfiehlt den Mitgliedstaaten und Regionen, diese Mobilität effizienter einzusetzen, um die Gebietsentwicklung und die Kohäsion zu fördern;

15. ist der Ansicht, dass es wesentlich ist, die vom ESF unterstützten Aktionen auf verschiedenen politischen Ebenen zu koordinieren, um einen wirksamen territorialen Ansatz zu ermöglichen; ist vor allem der Überzeugung, dass es nötig ist, Bildungsdienste und -einrichtungen mit den Bedürfnissen des lokalen Arbeitsmarkts zu verknüpfen;
16. hält es für wichtig, dass Partnerschaftsverträge und operationelle Programme eine umfassende Analyse der Unterschiede in der sozialen und Beschäftigungslage und bei den Entwicklungsbedürfnissen bestimmter Regionen sowie integrierte Strategien umfassen sollten, darunter relevante Fonds, die auf die besonderen Bedürfnisse der geografischen Regionen ausgerichtet sind, die am stärksten von Arbeitslosigkeit, Armut und unzureichenden Gesundheitsdiensten betroffen sind, sowie an die speziellen Bedürfnisse der Zielgruppen, die am stärksten von Diskriminierung oder sozialer Ausgrenzung bedroht sind; weist darauf hin, dass in diesem Zusammenhang ein besonderes Augenmerk auf benachteiligte Gemeinschaften gelegt werden sollte;
17. ist der Auffassung, dass die Förderung des Austausches bewährter Verfahren zwischen den Mitgliedstaaten im Rahmen einer wesentlichen, effizienten und langfristigen Planung territorialer Entwicklung, auch durch Stärkung der menschenwürdigen und nachhaltigen Beschäftigung durch Vorbeugung und Bekämpfung von Armut und Arbeitslosigkeit, von immenser Wichtigkeit ist;
18. ist der Überzeugung, dass operationelle Programme und Projekte auf der entsprechenden Ebene entwickelt und eingeführt werden müssen und dass dabei der Rolle von Städten, funktionalen geografischen Gebieten und Bereichen mit besonderen geografischen oder demografischen Probleme geachtet werden muss;
19. weist darauf hin, dass für die Beschäftigung und Integration derjenigen in die Arbeitsmärkte gesorgt werden muss, die sich in am stärksten benachteiligten Verhältnissen befinden;
20. ist der Überzeugung, dass institutionelle Kapazität auf unterschiedlichen Interventionsebenen ein entscheidendes Element ist, das den Erfolg bei der Anwendung des territorialen Ansatzes sicherstellt;
21. fordert die Mitgliedstaaten auf, durch die Anwendung des Partnerschaftsprinzips¹ einen offenen Dialog mit Konsultation und Einbeziehung der betroffenen Parteien, wie etwa von lokalen Behörden, Sozialpartnern und Nichtregierungsorganisationen, im Rahmen der Vorbereitung der Partnerschaftsverträge und der gesamten Bandbreite der einsatzfähigen Programme, insbesondere in Bereichen wie Umwelt, soziale Integration, Gleichstellung und Chancengleichheit, sicherzustellen; ist der Ansicht, dass es für die wirksame Nutzung des territorialen Ansatzes für aus Mitteln des ESF finanzierte Maßnahmen entscheidend ist, gegenseitiges Vertrauen und Kooperationen zwischen den oben genannten Interessenträgern aufzubauen;
22. erinnert daran, dass es von großer Bedeutung ist, die Einrichtung von

¹ Arbeitsunterlage der Kommissionsdienststellen über das Partnerschaftsprinzip bei der Umsetzung der Fonds, für die der Gemeinsame Strategische Rahmen gilt – Elemente eines europäischen Verhaltenskodex für die Partnerschaft (SWD (2012) 0106).

Koordinationsplattformen für innovative Projekte zu erleichtern, die bei der Bekämpfung von sozialer Ausgrenzung und der Verbesserung des Zugangs zu Gesundheitsdiensten zu hervorragenden Ergebnissen geführt haben;

23. fordert die Kommission zur Vorlage eines Plans auf, der die effiziente Verwendung des ESF durch die Mitgliedstaaten ermöglicht, die vor den größten finanziellen Schwierigkeiten stehen;
24. fordert die Mitgliedstaaten und die Kommission auf, geeignete Empfehlungen zur Stärkung eines auf Ergebnissen und dokumentierten Aussagen basierenden politischen Ansatzes zu geben, um die Implementierung der Kohäsionspolitik noch effektiver zu gestalten.

ERGEBNIS DER SCHLUSSABSTIMMUNG IM AUSSCHUSS

Datum der Annahme	31.5.2012
Ergebnis der Schlussabstimmung	+: 39 -: 1 0: 1
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Mitglieder	Heinz K. Becker, Jean-Luc Bennahmias, Phil Bennion, Pervenche Berès, Vilija Blinkevičiūtė, Philippe Boulland, Alejandro Cercas, Ole Christensen, Derek Roland Clark, Minodora Cliveti, Marije Cornelissen, Frédéric Daerden, Karima Delli, Sari Essayah, Richard Falbr, Thomas Händel, Marian Harkin, Nadja Hirsch, Ádám Kósa, Jean Lambert, Veronica Lope Fontagné, Olle Ludvigsson, Thomas Mann, Elisabeth Morin-Chartier, Csaba Óry, Konstantinos Poupakis, Elisabeth Schroedter, Joanna Katarzyna Skrzydlewska, Jutta Steinruck, Inês Cristina Zuber
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellvertreter(innen)	Tamás Deutsch, Filiz Hakaeva Hyusmenova, Iliana Malinova Iotova, Svetoslav Hristov Malinov, Ramona Nicole Mănescu, Anthea McIntyre, Jens Nilsson, Ria Oomen-Ruijten, Antigoni Papadopoulou, Evelyn Regner, Csaba Sógor